



# Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen

Bremen, den 30. April 2014

PRESSEMITTEILUNG

## Rechnungshof legt Jahresberichte 2014 vor:

### Mängel mit finanziellen Folgen, zu hinterfragende Standards und Steuerungsbedarf

„Für Bremen als Haushaltsnotlageland ist es geradezu existentiell, auf jeden Cent zu achten“, so die Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen, Bettina Sokol, anlässlich der Vorstellung der Jahresberichte 2014 für Land und Stadt. „Werden Vorschriften nicht beachtet, wird nicht sorgfältig und gründlich gearbeitet, wirkt sich dies auch finanziell negativ auf die bremischen Haushalte aus“, sagt Sokol. Daher darf es nicht dazu kommen, dass Daten für die Steuerfestsetzung unvollständig ins System eingepflegt, Prüfhinweise ignoriert oder unzureichend bearbeitet werden, Sozialleistungen fehlerhaft gebucht werden, Ansprüche schlicht ungeprüft bleiben oder mit Gebäuden so umgegangen wird, dass ein erst zwei Jahre alter Neubau schon reparaturbedürftig ist. Dies alles musste der Rechnungshof im letzten Jahr aber unter anderem feststellen. Sokol: „Das kann Bremen sich nicht leisten.“

Derartige Mängel verursachen für Bremen ebenso finanzielle Nachteile wie solche Ausgaben, die andere Länder sich gar nicht oder nicht in derselben Höhe wie Bremen erlauben. Dabei geht es beispielsweise um Pauschalen für sogenanntes Bewegungs- und Kleidergeld bei der Polizei und um Doppelhonorierungen derselben Leistung an der Hochschule Bremen. Einsparmöglichkeiten bestehen auch beim Personal der Steueraufsicht über die Spielbank und bei der Förderung des City- und Stadtteilmanagements.

Außerdem empfiehlt der Rechnungshof, konzeptionelles Arbeiten und steuernde Tätigkeiten stärker zu entwickeln, damit die Wirtschaftlichkeit des Handelns erhöht und Verwaltungsabläufe verbessert werden können. Dafür bedarf es effektiver Organisationsarbeit, die in der derzeit zersplitterten Struktur kaum erreichbar ist. Vielmehr ist es notwendig, die Organisationsarbeit zu bündeln und durch eine zentrale Stelle zu unterstützen. Um Verwaltungsaufwand zu verringern, bieten sich beispielsweise Geschäftsprozessoptimierungen, Benchmarking und die Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften an.

Angesichts der jährlichen Ausgaben von fast 300 Millionen Euro für Zuwendungen gilt es, den Umfang freiwilliger Aufgaben zu hinterfragen. Nicht aus dem Blick geraten darf zudem der beträchtliche Sanierungsstau von mindestens einer halben Milliarde Euro beim bremischen Infrastrukturvermögen. Nicht nur bei jeder neuen größeren Investition, sondern auch bei einer längerfristigen Investitionsgesamtplanung ist zu prüfen, ob der Abbau des Sanierungsstaus nicht häufiger Vorrang genießen müsste. Bettina Sokol: „Für Bremen ist es nach wie vor überlebensnotwendig, alle Einspar- und Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen sowie strikte Ausgabendisziplin zu wahren.“

Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen, Die Präsidentin, Kohlhökerstr. 29, 28203 Bremen,

Internet: [www.rechnungshof.bremen.de](http://www.rechnungshof.bremen.de)

Bei Rückfragen: Susanne Kohn/Caroline Schreiber, Tel. 0421/361-3076/-3440, Fax: 0421/361-3910,

e-mail: [susanne.kohn@rechnungshof.bremen.de](mailto:susanne.kohn@rechnungshof.bremen.de); [caroline.schreiber@rechnungshof.bremen.de](mailto:caroline.schreiber@rechnungshof.bremen.de)